

Saskia Richter/Tobias Bürger

## Soziale Medien, Protest und Demokratie

Mit der massenhaften Verwendung sozialer Netzwerke haben sich in den vergangenen Jahren die Nutzungsweisen von Medien gewandelt. Man konnte zudem Zeuge werden, wie digitale Netzwerke die Funktionsweise sozialer Bewegungen radikal veränderten. Die oft beschworenen demokratisierenden Auswirkungen digitaler Proteste in Staaten wie Ägypten und China müssen im Lichte der vergangenen Jahre allerdings mit einer gewissen Ernüchterung betrachtet werden, da sich autoritäre Staaten die Wirkungsweise sozialer Netzwerke ebenfalls zu Nutze machen. Dennoch markieren Digitalisierung und soziale Medien einen großen Einschnitt in der Entwicklung von Protestbewegungen und deren Aktionsrepertoires. Essenziell ist hierbei, dass sich Protest und Empörung mittels sozialer Medien einfacher artikulieren lassen, als in der durch Gatekeeper geprägten Welt der gedruckten bzw. gesendeten Massenmedien. So lassen sich Informationen über digitale Medien leichter verbreiten. Hinzu kommt, dass transnationale Proteste wie die der Occupy-Bewegung nationale Grenzen ignorieren und dadurch eine Solidarisierung auf europäischer und internationaler Ebene fördern können. Trotzdem gibt es auf transnationaler Ebene keine verbindliche Blaupause für soziale Bewegungen, denn Determinanten moderner Protestbewegungen sind die Akteure (z.B. Organisationen, Aktivisten, NGOs), die (digitalen) Ressourcen zur Mobilisierung, eine kollektive Identität, kulturelle und nationale Kontexte sowie die Responsivität des politischen Systems.

Der Beitrag sozialer Medien zur Demokratisierung politischer Prozesse zeigt sich auf verschiedene Weise. Petitionsplattformen wie *Change.org* oder *Avaaz.org* moderieren als Akkumulatoren und Multipli-

katoren politische Meinungen und streuen diese in soziale Netzwerke. Hingegen fertigt das internetbasierte Beteiligungsforum *Campact* Studien für potenzielle Themen an; politische Erfolge sollen mit den sich anschließenden Protestaktionen erzielt werden. Durch das Zusammenspiel verschiedener Medien werden völlig neue Formen von Protest möglich. Zwar ist der Stellenwert von Organisationen wie etwa Attac, die bei der Globalisierung zentrale Positionen in der Artikulation von Interessen übernommen haben, groß, doch ist der individuelle Nutzer in der Protestkommunikation die bestimmende Variable für den politischen Erfolg. Denn durch die Vernetzung werden politische Botschaften durch Nutzer gelikt und geteilt, kurz: Teilöffentlichkeiten werden geschaffen. Hierüber können sowohl Kritik an elitären Demokratiekonzepten und einer durch den Neoliberalismus verwässerten repräsentativen Demokratie, als auch Visionen eines basisdemokratischeren und partizipativeren Demokratieverständnisses publik gemacht werden. Der politische Protest findet Eingang in die Massenmedien und setzt damit die mediale und politische Agenda von digitalen und traditionellen Medien.

Massenmedien sollen Öffentlichkeit herstellen, Informationen beschaffen und bewerten sowie politisch Handelnde kontrollieren und kritisieren. Bürger sollen dadurch in die Lage versetzt werden, sich eine eigene Meinung über den politischen Prozess bilden zu können. Hierbei ergänzen soziale Medien die begrenzten Informations- und Partizipationsmöglichkeiten traditioneller Massenmedien. So ermöglicht etwa der *Second Screen*, ein Phänomen, bei dem Fernsehen und Smartphone zum partizipativen Medium verschmelzen, sowohl die Rezeption als auch Artikulation politischer Meinungen. Ob #telleurope,

#askmartin oder #Wahlarena bei der Europawahl 2014: Angebote zum politischen Diskurs dieser Art nehmen zu. Doch zumindest in Europa ist das Medium Fernsehen generationenübergreifend unangefochtenes Leitmedium bei der Beschaffung politischer Informationen.

Internet und soziale Medien senken die Barrieren zur medialen und politischen Teilnahme und erlauben den vielseitigeren Zugang zu politischen Informationen mittels diverser Kanäle. Soziale Medien bieten auch die Chance sozusagen in die Köpfe der Menschen zu schauen, wenn Meinungsäußerungen keinem Filter unterliegen. Soziale Netzwerke offerieren hierin einerseits Chancen: In der sozialistischen Republik Vietnam etwa veranlasste im März der Protest einer Gruppierung auf Facebook die Regierung dazu, das Fällen von Bäumen in der Stadt Hanoi zu stoppen und eine Untersuchung anzuordnen. Andererseits sind diesen auch Grenzen gesetzt. Beispielsweise nutzen autoritäre Staaten soziale Netzwerke zur Kontrolle des politischen Diskurses, indem Aktivisten überwacht werden, die dem Staat langfristig gefährlich werden könnten. Gleichzeitig nutzen dieselben Staaten soziale Netzwerke, um Korruption im eigenen System aufzudecken. Zwar sind Facebook und Twitter in China geblockt, doch über landeseigene Netzwerke wie *Sina Weibo* verbreiten sich Nachrichten über die Korruption politischer Funktionäre mit rasanter Geschwindigkeit.

Auch Netzwerke wie Instagram, WhatsApp und Blogs zählen zu den sozialen Medien, stehen aber wesentlich seltener im Fokus der Analyse von Protestbewegungen. Blogger können ohne Zugangsbeschränkung Themen bearbeiten und journalistisch tätig sein: Bewaffnet mit Smartphones erschaffen sie alternative (politische) Öffentlichkeiten. *Mídia Ninja* etwa ist ein Kollektiv von Journalisten, das in Brasilien seit geraumer Zeit sowohl Korruption im politischen System als auch Polizeigewalt anprangert. Sie nutzen Facebook, das von 40 %

der Brasilianer genutzt wird, aber auch die Nachrichten-Plattform *Oximity*, um Videos und Berichte von Kundgebungen und Demonstrationen zu veröffentlichen. Artikel, die auf *Oximity* erscheinen, werden anschließend auf der Facebook-Seite der Bewegung verlinkt und sind somit einer weltweiten Nutzergemeinde zumindest theoretisch zugänglich.

Neue Protestbewegungen nutzen soziale Netzwerke nicht nur zur Information und Mobilisierung, sondern auch zur effektiven Organisation. Die Gruppierung *Vem Pra Rua*, ebenfalls Teil der brasilianischen Antikorruptions-Bewegung, verwendet den Messenger *WhatsApp*, um die rund 2.500 Aktivisten der Gruppe landesweit zu koordinieren. Seitdem Edward Snowden gemeinsam mit dem Journalisten Glenn Greenwald Dokumente um den amerikanischen Geheimdienst NSA öffentlich zugänglich machte, sehen sich digitale Aktivisten jedoch in ihren Befürchtungen einer massenhaften Überwachung bestätigt. Diese Erkenntnis trägt dazu bei, dass sich verschlüsselte Messenger-Dienste und Apps wie *Threema* einer wachsenden Beliebtheit erfreuen. Die App *FireChat* nutzten Demonstranten der Proteste um die Reform des Wahlrechts in Hongkong im Herbst letzten Jahres. Diese erlaubte den Aktivisten des *Umbrella-Movements* die unterbrechungsfreie Kommunikation.

In gefestigteren Demokratien hingegen entstehen Projekte, die sich aktiv mit der Frage beschäftigen, wie demokratische Mitbestimmung über das Internet weiterentwickelt werden kann. Beispielsweise gibt es die Online-Plattform des Landkreises Friesland, auf der eine neue Form der Bürgerbeteiligung getestet werden soll. Jedoch sind solche Projekte wie Bürgerhaushalte oft aufwendig, während sie relativ geringe Resultate erbringen. Grund dafür ist, dass beim E-Government generell der persönliche Kontakt fehlt. Doch dieser ist wesentliches Element sozialer und menschlicher Auseinandersetzungen in

der Demokratie. Allerdings gibt es auch gelungene Beispiele für politische Partizipation via digitaler Diskussionsplattformen. *Abgeordnetenwatch.de* etwa, die sich als der »direkte Draht von Bürgerinnen und Bürgern zu den Abgeordneten und Kandidierenden« verstehen, *Publixphere*, die zum Diskutieren politischer Themen wie Migrationspolitik, TTIP und Überwachung aufrufen oder *Campact* überschreiten die Grenze von der Online-Plattform zur Debatte vor Ort, indem sie Bürger/innen und Politiker/innen bei Veranstaltungen zusammenbringen.

Die transnationale Verbreitung von Protestbewegungen mittels sozialer Netzwerke ist nach wie vor durch Sprachbarrieren begrenzt. Der eng-

*Begrenzte  
transnationale  
Verbreitung*

lische Sprachraum ist der größte, Deutsch, Französisch, Portugiesisch und Spanisch sind lokal begrenzt; andere

Sprachen spielen eine eher untergeordnete Rolle. Um die kollektive Identität einer Gruppe auf internationaler Ebene zu bilden, nutzen Protestbewegungen daher nahezu weltweit verständliche Codes wie z.B. »We are the 99 %« der Occupy-Bewegung oder »Democracia real ya!« der spanischen *Indignados*. Diese Botschaften sind anschlussfähig und zugleich Trägerinnen einer politischen Nachricht.

Eine Kehrseite der stetig an Bedeutung gewinnenden sozialen Netzwerke ist jedoch die Informationsflut für Nutzer – hier muss Medienkompetenz erworben werden. Zudem gilt: Es gibt keinen Datenschutz für einmal im Internet veröffentlichte Informationen – erst recht nicht in sozialen Medien. Grenzen der Demokratisierung zeigen sich auch dann, wenn soziale Medien zu undemokratischen Äußerungen und Verhalten führen oder dieses

begünstigen. Asylsuchende und Flüchtlinge bieten beispielsweise eine große Angriffs- und Projektionsfläche für Menschen, die Angst vor Zuwanderung haben. Wenn die Artikulation von Sorgen in Difamierungen mündet, sind die Grenzen zivilgesellschaftlicher Meinungsäußerung erreicht. Ebenso wie soziale Netzwerke Möglichkeiten der Partizipation bieten, müssen Nutzer, die darin zu Gewalt aufrufen oder Gewalttaten verherrlichen, von der Zivilgesellschaft Grenzen gesetzt bekommen.

Festhalten lässt sich, dass vor allem im Rahmen bewährter demokratischer Verfahren, wie etwa bei Wahlen, soziale Medien politische Prozesse immer häufiger um kommunikative Möglichkeiten erweitern. Welche Wirkung diese Beteiligung auf den politischen Prozess hat, müsste jedoch von Fall zu Fall geprüft werden. Politische Bildung wird in Zukunft das Thema Informationskompetenz im Internet grundlegend beinhalten müssen. Es wird nicht reichen, Schüler mit einem technischen Netzzugang auszustatten. Das Wissen über die Hoheit eigener Daten ist ebenso relevant wie die Kenntnis verschiedener Formen politischer Partizipation und das Einüben demokratischer Umgangsformen. Politischer Protest bekommt eine neue Dimension durch soziale Medien, dennoch bleiben Massenmedien mit ihren Gatekeepern relevant. Welche Funktion soziale Medien für die Demokratisierung haben, lässt sich hier nur ansatzweise skizzieren; eine zusätzliche Verbreitung von Informationen und zusätzliche Möglichkeiten der Mobilisierung sind wohl unbestritten. Generell müssten Fragen des Datenschutzes mehr thematisiert werden und empirische Studien wären ebenfalls wünschenswert.



**Saskia Richter**

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Uni Hildesheim. Sie forscht über Protestbewegungen in westlichen Demokratien. [saskia.richter@uni-hildesheim.de](mailto:saskia.richter@uni-hildesheim.de)



**Tobias Bürger**

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Northumbria University und forscht u.a. zu politischer Kommunikation. [tobias.burger@northumbria.ac.uk](mailto:tobias.burger@northumbria.ac.uk)